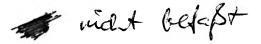
Huttag MSB-SPARTAKUS: zu to P: 5 Auchans No.

Das Stupa möge beschließen: (Antrag 7) Det Asta führt in der Anfang November Cine Gesamt VV durch. Die F Sen werden aufgefordet worke entsprechend Fb-VV's durchzuführ. Begründung: Um zu gervahrleisten, daß die Studentinschaft frühreitisg dis kuteit und Beschüsse über mögliche Aktionen gegen die Umsetrung des LHG last. Die Vergoungenheit hot gereingt das deund zu sport terministe VV's eine Handlungsgrundlowe für

RCDS-Antrag 1-78:

Das Studentenparlament möge beschließen, daß das Parlamentspräsidium, wie in allen Parlamenten Deutschlands üblich, nach der Stärke der Fraktionen besetzt wird.



Anträge der Basisgruppen an der THD zur Sitzung des Studentenparlaments am 6. Juli 1978

1. Das Studentenparlament der THD verurteilt die als Sanierungspolitik getarnte Zerstörung der Wöhnsituation in einzelnen darmstädter Stadtteilen durch die Stadt Darmstadt.

Begründubg: Das Martins und das Johannisviertel in Da bilden das größte zusammmenhämgende Sanierungsg ebiet in der Bundesrepublik. Die Stadt versucht gleichzeitig mit der angeblichen Modernisierung von Altbauten eine Trasse durch das Martinsviertel zu schlagen, um Platzund "Sachzwänge" für den von ihr geplanten Bau der Osttangente, zu schaffen. Der Bau der Tangente bedeutet neber einer anwachsenden Lärmbelästigung der Anwohner auch einne: rigide Aufteilung des Viertels, mithin eine drastische Senkung des Wohnwerts und eine Einschränkung des Lebensraums.

Am deutlichsten wurden die zweifekhaften Interessen der Stadtbonzen durch die Ereignisse in der Pallaswiesenstr/ Ploeniesstr., wo die Stadt in einer "Nacht und Nebel-Aktion" ein Haus unbrauchbar machen ließ (durch Anreißen tragender Wände etc.), das nach Beurteilung von Interessenten und Teilen der anliegendem Bevölkerung (!) durchaus in brauchbarem Zustand gewesen ist. Brauchbar wäre es gewesen für: -einen Treff für ältere Menschen im Viertel

-Kindererziehung und Ausländerbetreuung, wie es mehrere Gruppen (z.B. das SKA ua.) vorhatten

*Werkstätten fur arbeitslose Lehrlinge

uvam..

Den Umständen nach e und der Auffassung sind viele Bewohner des Viertels - läßt sich die Politik der Stadt nur als eine gefährliche aber bewußten Verzicht auf den Ausbau sozialer Leistungen bewerten. Nach Aukünften bei der Stadtverwaltung soll h9er ein Parkdeck gebaut werden (für wen?), die Stadt wolle - welche Ehre - nicht der "Verslumung" vorschub leisten.

Durch ihre Nacht-und-Nebel-Aktion hat sie vielen Darmstädtern ihr sog. "wahres Gesicht" gezeigt.

2.) Pas Studentenparlament der THD verurteilt den Gerichtsbebeschluß eines Frankfurter Gerichts, das der neonazistischen NPD Raum und Gelegenheit gegeben hat, ihr nun langsam wieder traditionell werdendes "Deutschlandtreffen" am 17. Juni auszuführen.

Die Studentenschaft der THD tritt entschieden gegen neofaschistische Tendenzen auf, die sich mittlerweile immer mehr in terroristischen Gruppen formieren.

Die Studentenschaft verurteilt ebensosehr den Einsatz der Polizei gegen Demonstranten einer Gegendemonstration zur zur NPD-Veranstaltung am 17.Juni dieses Jahres auf dem Frankfurter Römer.

Begründung: Die Gefahr des Faschismus sollte jedem Deutschen aus seiner Geschichte bekannt sein. Wenn ein deutsches Gericht dem Neofaschistmus Raum und Platz gewärt oder ihre Organisation als nicht verfassungsfeindlich (wie ein Gericht in Baden-Würtemberg entschied) erklärt, so sollte uns das bedenklich stimmen. Solche ***Ergänge** Vorgänge sind nicht nur das moralisch bedenklich, sondern sollten zur Gegenwehr herausfordern.

Unter ähnlichen Vorstellungen haben am 17.Juni,dem Gedenktag des Arbeiteraufstandes in der DDR von 1953,mehrere antifaschistische Gruppen zu einer Gegendemonstration zur NPD-Agitation aufgerufen.Obwohl den Polizeieinheiten bekannt war,daß die NPD-Kundgebung auf einen anderen Platz verlegt wurde,räumten sie unter Einsatz von Wasserwerfern, Bürgerkriegsausrüstung mit brutaler Gewalt den Platz der Gegendemonstration.Die Plolizei legte hiebei ein Verhalten an den Tag,das zur Folge hatte,daß etwa 90 der 7000 Gegendemonstranten mit z.T. schweren Verletzungen versehen wurden.Offensichtliche Taktik der Polizeieinheiten war-so Augenzeugenberichte bzw. Betroffene-den wehrlos vor den Knüppeln und Wasserwerfern davoneilenden,gezielte Schläge auf dem bloßem Kopf zu erteilen.

Das Ausmaß dieser Polizeiaktion läßt duraus den von Gegendemonstranten spontan verfaßten Spruch als Wirklichkeitsnah erscheinen, der lautet: "Deutsche Piolizisten schützen die Faschisten."

Die Verantwortung afür die Eskalation liegt erneut bei dem Polizeipräsidenten Knut Müller und den Hintermännern der Stadt Frankfurt.

Antrag

3. Die Studentenschaft der THD solidarisiert sich mit den vom bawü Hochschulgesetz betroffenen Studentenschaften, die durch das Gesetz in ihren Selbstverwaltungsmöglichkeiten noch stärker als ohnehin derart beschränkt wurden, daß sie zu blosen Anhängseln der Kultus- und Staatsbürokratie geworden sind.

Bemühungen der Studenten, eigenständige Studentenvertretungen in Form der USten aufzubauen, habens sich vielerorts als nötig und brauchbat erwiesen.

Diese staatsunabhängigen Studentenschaften stehen - anders als die bisherigen Modelle - in wielerlei Hinsicht materiell völlig unabgesichertsda. Aus diesem Grund hat das ZAK+LSI (das ist die LAK in BaWü) die übrigen Studentenschaften aufgefordert, materielle Unterstützung zu gewähren. Die VDS unterstützt ebenfalls solche Maßnahmen der Gegenseitigen Hilfe, die als "Partnerschaftsmodell" bezeichnet werden.

Eine solche Partnerschaft besagt, daß Studentenschaften einer oder mehrerer Hochschulen sich eine bawü Hochschule aussuchen und diese materiell unterstützen.

Bisherige Rücksprachen mit dem ZAK+LSI haben als möglichen Partner der Studentenschaft der THD die Studentenschaft der technischen FH Ulm ergeben.

Das Stupa beschließt die prinzipielle Beteiligung an einer solchen Partnerschaft.

Der AStA wird beauftragt, Verhandlungen mit den gewählten Vertretern des UStA TFH Ulm aufzunehmen und eine Grundlage für eine baldige Entscheidung herbeizuführen.

Antrag 10

4.Die Studentenschaft der THD beobachtet mit Mißtrauen die Tätigkeiten des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes. Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung sind in der Bundesrepublik zur alltäglichen Gegebenheit geworden.

Das Studentenpardament verutteilt diese Entwicklungen, insbesonder aber die neuesten Fälle, die mehr oder weniger unter der Schirmherrschaft des Bundesinnenministeriums durchgeführt wurden. Diese sind:

- Das Erstellen von Listen angeblich verfassungsfeindlicher Organi sationen (darunter der die VDS), sowie
- das Erstellen von Listen über Zietschriften u.ä., nach denen an den deutschen Grenzen Bundesbürger auf ihre Gesinnung und mutmaß-

Aubang 111. 12

lichen Zugehörtkeit zur Linken hin überprüft wurden.

Die "FRANKFURTER RUNDSCHAU" hat in den vergangenen Tagen erneute Machenschaften aufgedeckt:

sog. "schwarze Bände", in denen ca 400 angebliche Kader oder leitende Persönlichkeiten mutmaßlicher"linksextremer" Organisationen unnd Gruppen sowie ihrer Nebenorgamisationen steckbrieflich aufgeführt sind.

Das Bundesinnenministerium verhängte eine vorläufige Nichtingebrauchnahme dieser Bände, und versprach eine stärkere Kontrolle des BGS und des VerfS.

Die Studentenschaft der THD (StuPa) begnügt sich nicht mit diesen vielleicht nur verbalen Ankündigungen. Sie fordert die sofortige Vernidhtung dieser Baände sowie sämtlicher vom VerfS, BKA etc erstellten Personalakten, mit dennen später Berufsverbote verhängt werden, Razzien gemacht werden und langsam ein bedenkliches innenpolitisches Klima des Starken Staates , langsam auch des Polizeistaates aufgebaut werden Der Verfassungsschutz und ähnliche Organisationen sind aufzulösen.

Die Basisgruppen wollten auch einen eigenständigen Antrag zu dem Urteil eines DDR-Gerichts gegen Rudolf Bahre erstellen. Wir werden überprüfen, in wie fern wir uns einem Antrag der Jusos anschließen können.

Antrag JUSO-Hochschulgruppe

Das Studentenparkment möge beschließen:

- 1. Das Studentenparlament der TH nimmt zu den Bafög-Änderungsplänen wie folgt Stellung:
- das Stu-Pa lehnt die zum wiederholten Male angekündigte Verschleppung der Anpassung entschieden ab. Durch verspätete Anpassung werden gerade Arbeiter- und Arbeitnehmerkinder getroffen, die zur Finanzierung des Studiums dringend auf die Bafög-Förderung angewiesen sind.
- das Stupa lehnt die Anpassung der Bafögförderungshöchstdauer an die Regelstudienzeit ab und sieht ein dieser Maßnahme die Einführung einer sozialen Studiendauerbegrenzung.
- das Stu Pa lehnt die im Referentenentwurf vorgeschlagene Senkung der Altersgrenze auf 32 Jahre ab. Weiterbildung und Zusatzqualifikat bn werden damit wieder vom Geldbeutel und nicht von den Fähigkeiten abhängig
- -odas Stu Pa sieht insbesondere in der zusätzlichen Leistungskontrolle für Bafeg Empfänger, die nach dem 6. Semester geplant ist, eine Verschärfung und zusätzliche Selektion, die nicht hinzunehmen ist
- 2. Das Studentenparlament bekräftikgt die Forderung nach
- DM 700 Höchstförderungssatz
- DM 1500 Elternfreibetrag
- Streichung des Darlehensanteils
- Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens
- keine Disziplinierung durch Bafög

Es fordert den AStA auf, diese Forderungen nach außen zu vertreten.

: Essarantrage in horay 5 1.) Abs 1 3. Springelstrich wird einge-fügt:

fügt:

touch Adlt dam I gegmiber zinen,

du üb. du ibr den twerter Bildungsiveg nich bete atden, ene shwere Bihachtitigneg dær. En 3. letter Alsak; En frigung & 2.) Das Studentenparrament lehet Ethölunge des Bafoj - Satur durch Rocket thothere des Darlehusantiels ab.
3.) Dan Stredenkupa laurel stells fest das die durch siene bultismine ser Koelmann in de mformations veranssalting in de THD regisicherte Anhebing des Bafojs als Voransetzing de CaudesAnhang Nr. 9

Antrag JUSO-Hochschulgruppe

Antrag 5

Das Studentenparkment möge beschließen:

- 1. Das Studentenparlament der TH nimmt zu den Bafög-Änderungsplänen wie folgt Stellung:
- das Stu-Pa lehnt die zum wiederholten Male angekündigte Verschleppung der Anpassung entschieden ab. Durch verspätete Anpassung werden gerade Arbeiter- und Arbeitnehmerkinder getroffen, die zur Finanzierung des Studiums dringend auf die Bafög-Förderung angewiesen sind.
- das Stupa lehnt die Anpassung der Bafögförderungshöchstdauer an die Regelstudienzeit ab und sieht ein dieser Maßnahme die Einführung einer sozialen Studiendauerbegrenzung.
- das Stu Pa lehnt die im Referentenentwurf vorgeschlagene Senkung der Altersgrenze auf 32 Jahre ab. Weiterbildung und Zusatzqualifikation werden damit wieder vom Geldbeutel und nicht von den Fähigkeiten abhängig. & Lusahautg Jend Onite übenommen
 - -bdas Stu Pa sieht insbesondere in der zusätzlichen Leistungskontrolle für Bafeg Empfänger, die nach dem 6. Semester geplant ist, eine Verschärfung und zusätzliche Selektion, die nicht hinzunehmen ist
 - 2. Das Studentenparlament bekräftikgt die Forderung nach
 - DM 700 Höchstförderungssatz
 - DM 1500 Elternfreibetrag
 - Streichung des Darlehensanteils
 - Entbürokratisierung des Vergabeverfahrens
 - keine Disziplinierung durch Bafög (U. a. Speidung des [2] Es fordert den AStA auf, diese Forderungen nach außen zu vertreten.

3. Das Studentenparlament stellt fest:
Durch den Anpassungsentwurf wird deutlich, daß Bafög mehr und mehr als
flankerendes Instrument zur Selektion und Unterdrückung durch das
HRG umfunktioniert wird.
Hier geht es nicht darum, daß kein Geld da ist (die Bafög-Haushaltstitel
werden selten ausgeschöpft, im leztten Jahr blieben 150 Mio übrig),
sondern darum, durch finanzielle Austrocknung und Sparpolitik Schüler zur
Nichtaufnahme und Studenten zur unkritischen Anpassung an den Lehrbetrieb
zu zwingen.

Das Stu - Pa fordert eine umfassende soziale Absicherung der Studenten, um damit eine Voraussetzung für ein materiell abgesichertes, qualifizierte Studium zu schaffen.

und 4, sille : "bonchunen

Andergrantrag Mich 2. lehte Spiegelstrich:

Aw at 690, - al 1400, Freichag

Zersatzantrage 1. anther Spiegelstrich:

Bernd Müller Mitglied im Studentenparlament

Zunächst bedauere ich, dass das Präsidium einen Termin für das Studentenparlament gewählt hat, der meinerseits bereits seit einem Monat belegt war.

Ich möchte jedoch das Studentenparlament bitten, meine im folgenden aufgeführten Anträge zu behandeln und darüber abzustimmen:

Lantrag der UDS

Antrag

Antrag

Auhang

Das Studentenparlament fordert den RCDS auf, nur

Nr. 6 noch Veröffentlichungen zu bringen, die eindeutig als Herausgeber den RCDS erkennen lassen.

2. Antrag

Zwithge topen

Das Studentenparlament fordert den MSB-Spartakus auf, Plakatklebeaktionen so durchzuführen, dass die Plakate der mit ihm konkurrierenden Gruppen nicht überdeckt werden.

Das Studentenparlament lehnt einen solchen Stil der politischen Auseinandersetzung ab, bei dem derjenige übrigbleibt, der die grösseren Mittel zur Verfügung hat.

3. Antrag

Das Studentenparlament bekräftigt nochmals die Notwendigkeit zur Beibehaltung der Verfassten Studenten-

Begründung: In für die UDS unerträglicher Weise wurde Agitation betrieben, die mit falschen Aussagen aufgebaut wurde. Die UDS hat zu keinem Zeitpunkt die Frage der Verfassten Studentenschaft in Zweifel gezogen, wie dies der KSB in einer "Wandzeitung" behauptete. Um solchen Angriffen jede weitere Basis zu nehmen, aber auch allen Studenten den Rückhalt zu geben, dass wir weiterhin für eine starke studentische Interessenvertretung einstehen, sollten wir diesem Antrag einstimmig zustimmen. Andernfalls entheben wir uns einer politischen Basis.



takes 3

Griechischer Studentenverein Darmstadt

An das Studentenparlament:

Das Studentenparlament möge beschließen, dem GSV-DA wird eine einmalige Unterstützung in Höhe von 9507-- DM aus Mittoln der Studentenschaft gewährt.

250; den Tabel Busleinder referent

Begründung:

Kostenunterstützung (Miete Bus) für die Teilnahme des GSV-DA bei der zentralen Demonstration, die in Aachen am 4.5.78 mit Erfolg stattgefunden hat und von dem Verband der Griechischen Studentenschaften aufgerufen worden war.

Zweck der Demonstration:

Das Demonstrieren gegen die Innen- und Außenpolitik der griechischen Regierung von Karamanlis und insbesondere für die Lösung der Forderungen der griechischen Arbeiter und Studenten. \mathcal{N}

G.S.V.

Latage Anhang Nr. 4

Finanzantrag

Das Stupa möge beschließen:

Der AStA wird beauftragt eine neue (gebrauchte) Buchungsmaschine anzuschaffen. Der Kaufpreis soll nicht

DM 12000,-

überschreiten.

anjen om men

Begründung erfolgt mündlich.

2 2 In Eigenen Verein geliosen. (2 I de werde meine weitere Mitarbet im Barlament voornehmlich zur Krikk chreser ferventerthat unten. ger Angenam, 54/

11

Antrag der UDS

Das Parlamentspräsidium legt noch in diesem Sommersemester die Sitzungstermine des Studentenparlaments für das Wintersemester 78/79 fest.

Diese Termine sind den einzelnen hochschulpolitischen Gruppen zuzusenden.

Begründung: möglichst lange Terminplanung wird gewährleistet. Exkursionen usw. sind dementsprechend zu legen. Keine Kollision mit dem Studium.

Wir wollen doch gewährleisten, dass möglichst viele an den Sitzungen des Studentenparlamentes teilnehmen.

Zusätzliche Sitzungen können notfalls einberufen werden.

Vorschlag der UDS: Es finden StuPa- Sitzungen alle 3 Wochen statt.

Antragvertreter: Bernd Müller

Personliche Erklägung: ad 16 neugewöhlten 1ch verlasse die 1. Situng des Stupa im Sommersemester 1978 unter Brotest. Ich mourere dus mir unglaublich dinkende on sheinende, Worhalten der sich sozalistsel dünkenden Juso-Hochschulgruppe, der ein den Buschemhaftig dem UDS und dem RCDS nahe stellender Kandidert, der es nach eingen bekunden niemals michals hate, in studentschen Grennen mitenankeiten, und charsen ihn unterstateerd Fraktionen stats die vertaffe Studentenschaft mittels juristischer Tricks, zu sahorteren Enscheint der sich lang jährig in der Studiaren perregung Verdrent gemadat untin vielan Grensen Latson war der Cher aber mitther weite on chem MSB augeliost - immerhin wash einer bruppe mit sozialistschem Busyande. 1ch selve Kernen Sing in einer Zusammen aubest mit Realtonare treber sind als Genossen an clover Fraktioner. Schen ber geht die Schidagität dieser Leute bis hin zu Filbingen - Sympothiam, and erweist sich als unschidarisch gegenüber von Sozalisten, die und

Auhans Nr. 1

H. Hanck Fred.

Ich lin ja fost umgefallen, als ich das vom Parlaments Prisidium herous gegebre Stupa - Into No 4 gelesen habe: Ich land meiera Nemen in folgendem ders ammenhang: In Desury ... (1) ... abgelehnt."

Pus dem Protokall ergibt sich: " Nach ein Erlauty ? rechtmäpis"

Doran it unsiding Richtig him gegen 1st:

- son habe niemals die polegation als recht morning gewerkt. son habe mich belighich dagign ausgesprocken, dap der MSD (in bekannte Haris übrigens) objectiv falste sachbehauptung auf tellt.

- Demoutable habe ich nie ein Mohay de zitisty mohalt gestelt. Do mine dom France Ho with .

Dis mais richt water der Physicatte willy- diese Internation hot. Offersiation hat a sich nicht zinmal des protokese richtig duchgelsen, born er die steunterschaft "informiate"

In we're origh grown dine fillier Melhoden, unk sinen Officiall auselandy Purblatt Kopt + in de Studenter schaft ine Detre grandy RCDS au veranstalty.

1. 15.) sed personeign lietz dan archungssehr dis sonderber

(Stupa - info 4 6. sails van unter auf de asker sake @ Protokall vom 23.5.73 8. 2012 van unter

tung gemeldet.

TOP 6: Antrag von Rüdiger Ullrich(MSB): Unterer Teil des MSB-Antrags aus TOP4, wie markiert,: "Darüber hinaus..." Abstimmungsergebnis: 8 Ja, 7 Nein, 4Enth.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Die Nächste Studentenparlamentssitzung findet am 15.6.78 um 18.00 statt! Wahl des Ältestenrats!!!!!!!

gez. Jürgen Willnecker

vertreter THD soll vom 19. bis 22. Juni 1978 durchgeführt werden."
Der Antrag wurde einstimmig angenommen!

TOP 3: wird auf eine spätere Uhrzeit verlegt, weil momentan nur 24 Parlamentarier anwesend sind.

TOP 4: Nach einer Diskussion über die in der VV alternativ abgestimmten
Resolutionen von ASTA und MSB folgte ein
GO-Antrag auf sofortige Abstimmung: 14 Ja, 3 Nein, 6 Enthaltungen.
Nachdem dieser Antrag angenommen war 'folgte ein
GO-Antrag auf Alternative Abstimmung: 12 Nein, 7 Ja, 5 Enth.-Abgelehnt.
Es werden also beide Anträge getrennt abgestimmt:

a) Abstimmung über den Antrag des MSB-Spartakus: 2 Ja, 16 Nein, 4 Enth. Der antrag wurde also abgelehnt.

b)Antrag der Jhg: 10 Ja, 10 Nein, 5 Enthaltungen. Der Antrag wurde ebenfalls Abgelehnt.

c)Antrag der JHG: alter Antrag mit dem Zusatz unter Punkt 7:Kompromißlose... Abstimmungsergebnis: 11 Ja, 12 nein, 2 Enthaltungen. Der Antrag ist damit ebenfalls abgelehnt.

Es folgte eine persönliche Erklärung von Klaus Reimann(BG)zum Protokoll: .
"Mir ist am heutigen Tage aufgefallen, daß der RCDS weder auf der Vollversammlung vom 23. 5. noch auf der Sitzung des StuPa irgendeine
Stellungnahme abgegeben hat, die die momentane Situation der Studentenschaft in bezug auf die Anpassung des LHG an das HRG betreffen. Mir
scheint der Eindruck bestätigt, daß der RCDS diese Politik der Sozialdemokratie, ähnlich wie die Entwicklungen in Baden-Würtenberg, befürwortet."

Es folgt ein Go-Antrag auf "Wiedereintritt in die Tagesordnung": 16 Ja, 8 Nein, 1 Enthaltung.

Damit ist der Antrag wegen fehlender 2/3 Mehrheit abgelehnt.

TOP 5: Der ASTA berichtet über die letzte Landesastenkonferenz und die anstehenden Aktionen gegen die Anpassung des LHG(Demo und Fußmarsch).

TOP 6: Das Präsidium stellt fest, daß auch zu diesem Zeitpunkt der Ältestenrat nicht gewählt werden kann, da nur 23 Parlamentarier anwesend sind.
Es ergeht eine "Aufforderung" von Bernt Müller an die Listenführer,
die Fraktionen zur nächsten StuPa-Sitzung möglist vollständig zusammenzuholen.

Anfrage von Jürgen Herbst(SHB): bezüglich der Fertigstellung einer WUB mit dem Thema "Einschränkung demokratischer Rechte und Freiheiten".

Nach Auskunft des ASTA soll diese nach der 3.Lesung des LHG fertiggestellt werden. Der Parlamentarier Bernt Müller wendet sich gegen dieses Vorhaben.

Anfrage von Rüdiger Ullrich(MSB): zur RCDS-Dokumentation und dem RCDS-Tribunal.-Bis jetzt haben sich noch nicht genügend viele zur VorbereiAnwesenheitsliste: Herbst, Ullrich,

Braun, Etscheid, Frühwacht, Hauck, Müller, Warnke, Weidenhaupt, Heer, Ashbrook, Butterfaß, Ferkinghoff, Gehbauer, Heyer, Horst, Klär,

Kollatz, Preusch, Weidner,

Grießmann, Roether, Meisel, Reimann, Steinkönig, Willnecker,

(v. Hopfgarten, Flöter, Horst)

Nach Fraktionen: RCDS: 8 (53%)

JHG: 10 (83%)

BG: 5 (63%)

SHI: 1 (100%)

Zen.r.o (/)

Tagesordnung:

- o. Formalia
- 1. Anträge
- 2. Beschluß über den Wahltermin
- 3. Wahl des Ältestenrats
- 4. Beschlüsse der VV
- 5. Bericht ASTA
- 6. Verschiedenes
- TOP o: Vorschlag des Ältestenrats:es soll unter der Anwesenheitsliste eine Aufstellung über die Anwesenheit der Fraktionen erstellt werden. Desweiteren habe ich als Schriftfühzer eine Statistik über die Sitzungsbeteiligung des Studentenparlaments während seiner Amtszeit vom 2.2.77 bis einschl. der letzten Sitzung gemacht(siehe Anhang).
- zu a)Genehmigung des Protokolls:Einfügung bei TOP 4:Anträge: "MSB-Spartakus", bei 4 Enth. angenommen.
- zu b)Annahme der Tagesordnung: bei 5 Enthaltungen wurde die Tagesordnung mehrheitlich angenommen.
- TOP 1 : 1) der Antrag des Griechischen Studentenvereins wird vertagt.
 - 2)Antrag von Bernd Müller (RCDS): es-sell "Der ASTA in Verbindung mit den Fachschaften wird vom StuPa beauftragt, bis Anfang WS 78/79 eine "WUB" herauszugeben mit dem Thema: Studienverschärfungen an der THD.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

- 3)Antrag des MSB: bezüglich der Relegation des C.U.Schmitt an der LMU. Nach einer Erläuterung durch den Antragsteller wendet sich Hauck(RCDS) gegen den Antrag und wertet die Relegation als rechtmäßig.
 - Abstimmungsergebnis: 11 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen.-Angenommen.
- TOP 2: Antrag der SHI: "Der ASTA wird beauftragt, wie schon vor mehreren Jahren üblich, anläßlich der Stupa-Wahl im Audi-Max eine Podiumsdiskussion mit je einem Listenvertreter durchzuführen und dazu mittels Asta-Info einzuladen." Der Antrag wurde bei 1 Gegenstimme angenommen.

 Antrag des RCDS: "Die Wahlen des Studentenparlaments und der Fachschafts-

Antrag der UDS

Antrag 3

Das Parlamentspräsidium legt noch in diesem Sommersemester die Sitzungstermine des Studentenparlaments für das Wintersemester 78/79 fest.

Diese Termine sind den einzelnen hochschulpolitischen Gruppen zuzusenden.

Begründung: möglichst lange Terminplanung wird gewährleistet. Exkursionen usw. sind dementsprechend zu legen. Keine Kollision mit dem Studium.

Wir wollen doch gewährleisten, dass möglichst viele an den Sitzungen des Studentenparlamentes teilnehmen.

Zusätzliche Sitzungen können notfalls einberufen wer-

Vorschlag der UDS: Es finden StuPa- Sitzungen alle 3 Wochen statt.

Antragvertreter: Bernd Müller

Alteratio dan den van Deits Tetteraum

ANTRAG

Das StuPa möge beschließen:

Das STudentenparlament der TH Darmstadt verurteilt die achtjährige Haftstrafe, die über Rudolf Bahro verhängt wurde. Das Urteil zeigt, daß die SED und ihr Staat eine offene politische Diskussion als Gefährdung ihrer Macht ansehen und daher Regimegegner durch Hafttrafen, Verbannung und Ausweisung mundtot machen muß.

Die Verurteilung Bahros steht exemplarisch für den hoffnungslosen Versuch der SED, die immer breiter werdenden Proteste von Arbeitern und Jugendlichen zu unterdrücken.

Der Fall Bahro hat besondere Bedeutung, weil hier ein engegierter Sozialist die Schwächen der DDR-Bürokratie aufzeigt und die alten Forderungen der Arbeiterbewegung dagegenstellt. Seine Forderung des Sozialismus in Freiheit ist nicht nur für das DDR-System gefährlich, sondern gibt auch eine Antwort auf die Krise des Kapitalismus. Die Veröffentlichung des Bahro-Buches "Die Alternative" in einem DGB-Verlag wurde vom Gericht als Kontakt mit "feindlichen Kräften" gewertet. Dies ist eine zusätzliche Verunglimpfung der Arbeiterbewegung.

Deshalb unterstützt das Stupa die folgenden Forderungen:

- SOFORTIGE FREILASSUNG VON RUDOLF BAHRO !
- _ DAS RECHT AUF FREIE UND UNABHÄNGIGE DISKUSSION IN OST UND WEST:
 IN GANZ DEUTSCHLAND !
- -- DER ASTA WIRD BEAUFTRAGT EIN PROTESTTELEGRAMM AN DIE STÄNDIGE VERTRETUNG UND DAS INNENMINISTERIUM DER DDR ZU SENDEN !
 - -DIE LANDESASTENKONFERENZ HESSEN WIRD BEAUFTRAGT EINE HESSENWEITE VERANSTALTUNG FÜR DIE FREILASSUNG FÜR RUDOLF BAHRO ZU ORGANISIEREN !
 - -DIE VDS WIRD AUFGEFORDERTE EINE BUNDESWEITE KAMPAGNE ZU ORGANISIEREN UND EINE DELEGATION ZUR STÄNDIGEN VERTRETUNG DER DDR ZU ENTSENDEN!
 - -DER ASTA DER THD WIRD BEAUFTRAGT MIT DEM DARMSTÄDTER DGB KONTAKT AUFZUNEHMEN ZUR ORGANSIERUNG EINER PROTESTVERANSTALTUNG IN DARMSTADT!

Bernd Müller Mitglied im Studentenparlament

Zunächst bedauere ich, dass das Präsidium einen Termin für das Studentenparlament gewählt hat, der meinerseits bereits seit einem Monat belegt war.

Ich möchte jedoch das Studentenparlament bitten, meine im folgenden aufgeführten Anträge zu behandeln und darüber abzustimmen:

1. Antrag

Das Studentenparlament fordert den RCDS auf, nur noch Veröffentlichungen zu bringen, die ein deutig als Herausgeber den RCDS erkennen lassen.

2. Antrag

Das Studentenparlament fordert den MSB-Spartakus auf, Plakatklebeaktionen so durchzuführen, dass die Plakate der mit ihm konkurrierenden Grupp en nicht überdeckt werden.

Das Studentenparlament lehnt einen solchen Stil der politischen Auseinandersetzung ab, bei dem derjenige übrigbleibt, der die grösseren Mittel zur Verfügung hat.

3. Antrag

Das Studentenparlament bekräftigt nochmals die Notwendigkeit zur Beibehaltung der Verfassten schaft.

Begründung: In für die UDS unerträglicher Weise wurde Agitation betrieben, die mit falschen Aussagen aufgebaut wurde. Die UDS hat zu keinem Zeitpunkt die Frage der Verfassten Studentenschaft in Zweifel gezogen, wie dies der KSB in einer "Wandzeitung" behauptete. Um solchen Angriffen jede weitere Basis zu nehmen, aber auch allen Studenten den Rückhalt zu geben, dass wir weiterhin für eine starke studentische Interessenvertretung einstehen, sollten wir diesem Antrag einstimmig zustimmen. Andernfalls entheben wir uns einer politischen Basis.



UDS

Antrag S

Antrag auf Änderung der GO der THD

Das Studentenparlament möge folgende Änderung der GO beschließen:

1. Der § 4 der GO wird in Abschnitt 1, bis zum Thema "Dringlichkeitsanträge ", und in den Abschnitt 2, Dringlichkeitsanträge, aufgeteilt.

§ 4 (1) Satz 3 wird neu gefaßt in:

Okalik.

Die Tagesordnung wird 8 Tage vor Sitzungsbeginn abgeschlossen und ist den Parlaments- ind Ältestenratsmitgliedern spätestens 4 Tage vor Sitzungsbeginn zuzustellen.

§ 4 (2) wird aus 2 Absätzen bestehen. Absatz 2 lautet: Die Annahme von Dringlichkeitsanträgen bedarf einer 3/4 Mehrheit der anwesenden Parlamentarier.

Zuridyerozen

Begründung: Für den politischen Entscheidungsprozeß muß man, um Fehlentscheidungen möglichst auszuschließen, zuvor in den eigenen Gruppen die Entscheidungsfindung betreiben. Datum 21. 6. 1978 16/3630 Durchwahl I A = 600 - 5 - 1 Ca.

Der Präsident
clas bilk. Lit Liv der Technischen Hochschule
. Rattin Darmstadt

An den Allgemeinen Studentenausschuß

im Hause

<u>Betr.:</u> Kommissarische Einsetzung des Ältestenrats Bezug: Ihr Schreiben vom 16. 6. 1978

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihrer Mitteilung vom 16. 6. 1978 setze ich hiermit gemäß § 72 des HHG in Verbindung mit § 19 des HHG in der Fassung vom 6. 6. 1978 (Gesetz und Verordnungsblatt 1978, S. 319 ff.) die Herren

Siegfried von Hopffgarten,

Georg Fiszmann,

Helmut Wolf,

zu Mitgliedern des Ältestenrates der Studentenschaft ein. Die Einsetzung der genannten Personen beruht auf dem von Ihnen gemachten Personalvorschlag. Dabei gehe ich davon aus, daß sämtliche im Studentenparlament vertretenen Gruppierungen bei dieser Auswahl angemessen berücksichtigt sind. Weiter gehe ich davon aus, daß die Nichtbenennung eines Mitgliedes des RCDS seinen Grund darin hat, daß vom RCDS bei den Versuchen, einen Ältestenrat zu wählen, kein Personalvorschlag gemacht worden war.

Der Grund für die kommissarische Einsetzung des Ältestenrates besteht darin, daß gem. § 69 Abs. 3 des Hessischen
Hochschulgesetzes der Ältestenrat über die Gültigkeit angefochtener Wahlen zum Studentenparlament entscheidet. Da
derzeit die Wahlen zum Studentenparlament abgehalten werden,
ein Entscheidungsorgan für eventuelle Anfechtungen aber
nicht vorhanden ist, könnte ohne die kommissarische Einsetzung eine ordnungsgemäße Entscheidung über eventuelle
Wahlanfechtungen nicht sichergestellt werden. Aus diesem
Grund scheidet es auch aus, als weniger eingreifendes
Rechtsaufsichtsmittel gem. § 19 Abs. 3 des Hochschulgesetzes zunächst eine Anordnung zu erlassen, wonach innerhalb einer angemessenen Frist vom Studentenparlament ein
Ältestenrat zu wählen ist. Dieser Aufforderung könnte bis
zum Abschluß der Wahl nicht mehr Folge geleistet werden.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wird die Einsetzung des Ältestenrates befristet bis zum 20. 7. 1978, dem Ende der Vorlesungszeit.

Ich darf Sie bitten, die beigefügten Mehrfertigungen dieses Schreibens den kommissarisch eingesetzen Mitgliedern des Ältestenrates auszuhändigen.

> Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag:

(Seidler, Reg. Dir.)

Aktionswoche im Wintersemester -Weiter im Kampfgegen das HRG -

Auch das Jahr 1978 ist von anhaltenden Versuchen aller Bundestagsparteien gekennzeichnet, das reaktionäre Hochschulrahmengesetz gegen die Interessen der Masse der Hochschulangehörigen durchzusetzen. Mit der Novellierung weiterer andeshochschulgesetze sollen nun zehntausende von Erstsemestern gezwungen werden, unter den Bedingungen von Regelstudienzeiten und Zwangsexmatrikulation in unwissenschaftlichen dequalifizierenden Kurzstudiengängen ihr Studium zu absolvieren. Was ihnen droht, soll zu Beginn des Wintersemesters an 8000 Kommilitonen in Baden-Württemberg exerziert werden: die massenweise Zwangsexmatrikulation, mit der für die große Zahl der Betroffenen auch der Abbruch des Studiums ohne Abschluß droht.

Die Regelstudienzeit soll mit einer Vielzahl von Hebeln durchgesetzt werden. So dient die von den Herrschenden geplante Überfüllung der Hochschulen mit Überlastquoten von bis zu 25 % bei gleichzeitig anhaltendem 'usbaustopp und finanzieller Austrocknung der Hochschulen dazu, die Hochsulen zu zwingen, Kurzstudiengänge und Zwang sexmatrikulation zu akzeptieren. Durch diese Maßnahmen droht eine neue Verschärfung des Leistungs- und Prüfungsdrucks für alle Studenten.

Immer offener wird auch das BAFÖG in ein Instrument der Durchsetzung der Formierung verwandelt. Statt zum Wintersemester die längst fällige Anhebung der Bafög-Sätze auf 690/1400 DM vorzunehmen, sollen erneut der unsoziale Darlehensanteil erhöht werden. Mit einem Berg von Schulden im Rücken sollen die Bafög-Empfänger zu einem kurzen Studium angetrieben werden. Der Brechung des Widerstandes gegen die Durchsetzung des HRG dienen die massiven Angriffe auf die Organe der Verfaßten Studentenschaft und die Anwendung des Ordnungsrechts gegen aktive Interessenvertreter der Studenten. Das Verbot des politischen Mandates, die Aushöhlung von Satzungs- und Finanzautonomie zielen darauf ab, die Verfaßte Studentenschaft für den Interessenkampf untauglich zu machen, die Studenten von der arbeitenden Bevölkerung zu isolieren und Grundrechte wie das der freien Meinungsäußerung, der freien politischen und gewerkschaftlichen Betätigung außer Kraft zu setzen. Während der Nazimarinerichter und SA-Student Filbinger nach wie vor unbehelligt das Amt des badenrttembergischen Ministerpräsidenten ausüben darf, soll in 'seinem' und in anderen Bundesländern jedes kritische geistige und politische Engagement von Studenten mit Ordnungsmaßnahmen bis zur zweijährigen Relegation, d.h. der Aufhebung des Grundrechts auf Ausbildung bestraft

Angesichts dieser skandalösen Angriffe auf die Interessen und Rechte der Studenten, der Versuche, die Hochschulen erneut ins Fahrwasser der Reaktion und ihrer gesellschaftspolitischen Ziele zu steuern, rufen die unterzeichnenden ASten die Studenten der Bundesrepublik auf, im WS 78/79 durch Massenaktionen im Rahmen einer bundesweiten und -einheitlichen Aktionswoche erneut ihrer prinzipiellen Ablehnung und ihrem unnachgiebigen Widerstand gegen das HRG Ausdruck zu verleihen.

Die Fortsetzung der bundesweiten Bewegung gegen das HRG ist vor allem auch deshalb notwendig, weil mit der Verabschiedung der Landeshochschulgesetze auch heute nicht über die Durchsetzung des HRG an den Hochschulen und Fachbereichen entschieden ist.

Denn die Front der Gegner des HRG ist unübersehbar breiter geworden: durch den Wintersemesterstreik und die Aktinnen der Studenten im Sommer-semester 78; durch den gewachsenen Protest unter den Hochschullehrern,

wie er in den von 1 200 Wissenschaftlern inNiedersachsen, von über 1500 in Nordrhein-Westfalen und von allein 300 an der Universität Mainz unterschriebenen 'Offenen Briefen' an die Landesregierungen zum Ausdruck gekommen ist; durch die gewachsene prinzipielle Ablehnung des HRG in den Gewerkschaften, wie sie sich z.B. in der Forderung von DGB, GEW und ÖTV Niedersachsen widerspiegelt, das HRG zu novellieren.

Davon blieb auch die einst so einmütige Koalition der HRG-Verfechter nicht unberüht. Deutlich haben Differenzen, wie das HRG am besten durchzusetzen sei, in ihren Reihen zugenommen. So konnte in NRW, in Hamburg und Bremen ein wichtiger Zeitverschub bei der Einführung der Regelstudienzeit bzw. bei der Anwendung der Zwangsexmatrikulationsbestimmung erreicht werden. Es haben die Stimmen in den Reihen der SPD und FDP zugenommen, die sich für Zugeständnisse an die Forderungen der Studenten, für eine Novellierung des HRG aussprechen.

Jetzt kommt es darauf an, die bundesweite Bewegung gegen das HRG auf allen Ebenen fortzusetzen. Gemeinsam mit den Hochschullehrern, gemeinsam mit den Gewerkschaften müssen die Studenten erneut ihre prinzipielle Ablehnung des HRG und der LHG's demonstrieren. Erneut müssen sie ihrer Forderung nach Neufassung des HRG entsprechend den Forderungen der Studenten, der fortschrittlichen Hochschullehrer und der Gewerkschaften Nachdruck verleihen.

Gleichzeitig kommt es darauf an, die gewachsene Breite der Ablehnung des HRG und die Widersprüche in den Reihen der HRG-Verfechter zu nutzen, um hier und heute durch eine Novellierung des
HRG eine Verbesserung der Lage der Studenten zu erreichen und K
Kampfpositionen zu erlangen, von denen aus der Kampf um whitergehende Forderungen und die schließliche Neufassung des HRG
unter günstigeren Bedingungen geführt werden kann. Deshalb
rufen wir auf: der Durchsetzung des HRG gerade an jedem einzelnen
Fachbereich verstärkt und kontinuierlich während des ganzen
Semesters entgegenzutreten, mehr Studenten in diese Aktivitäten
einzubeziehen, gemeinsam mit Hochschullehrern Beschlüsse und
Fakten gegen das HRG zu schaffen; durch eine bundesweite und
-einheitliche Aktionswoche Ende November/Anfang Demzember, durch
machtvolle Demonstrationen in den Bundesländern die Forderungen
der Studenten zu bekräftigen:

Für die Neufassung des HRG entsprechend den Forderungen von Studenten, fortschrittlichen Hochschullehrern und Gewerkschaften! Für die Streichung von Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation! Für die Streichung des Ordnungsrechts!

Für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungsautonomie und Finanzhoheit! Für die Anhebung der Bafög-Sätze auf 690 DM und 1400 DM! Streichung der Darlehensregelung! Streichung des Anti-Streik-Paragraphen 20,2

Erstunterzeichner:

Asta der Gesamthochschule DuisburgAStA Fachhochschule Lippe/Lemgo
AStA Fachhochschule Sozialwesen Mannheim AStA PH Freiburg
AStA Fachhochschule Frankfurt AStA ShfbK Braunschweig
AStA HfSS Bremen AStA FH Ludwigshafen SA/SP

Unabhängige Darmstädter Studenten

Darmstadt, den 29.6.78

U

D

S

An das Parlamentspräsidium des Studentenparlaments

Wie zwischen den Kommilitonen Flöter und Kollatz besprochen, soll am Donnerstag, den 6.7.78 eine Studentenparlamentssitzung um 17 Uhr einberufen werden. Wegen der kurzfristigen Terminsetzung und einer eigenen Veranstaltung am Donnerstag gegen 20 Uhr ist dieser Termin denkbar ungünstig, weil die Fraktion der UDS kaum länger als 19.30 Uhr bleiben wird.

Berücksichtigt man die in den letzten Jahren häufigen Abstimmungen zum Parlamentspräsidium, ist davon auszugehen, dass bis 19.30 Uhr die Wahl kaum abgeschlossen sein dürfte.

Daher plädieren wir für eine Verlegung der Sitzung auf die 28. Woche.

Bernd Müller

Stellungnahme der UDS zum allgemeinpolitischen Mandat

Das allgemeinpolitische Mandat wird der Studentenschaft seitens des Gesetzgebers nicht zuerkannt. Gerade die Prozesse der letzten Monate um AStA-Mitglieder haben bewiesen, wie sehr den Politikern daran gelegen ist, diese Äusserungsmöglichkeit der Studentenschaft zum Schweigen zu bringen.

Die Fälle Byern und Baden-Würtemberg zeigen überdies, zu welchen Taten die Regierungen fähig sind, um durch geschlossenes Handeln auf Wählerstimmenfang zu gehen. Auch dies hiesige Landesregierung scheut sich nicht, Massnahmen zu ergreifen, die das Überleben der Verfassten Studentenschaft beeinträchtigen. Dies wird an den immer stärker werdenden Kontrollen der Organe der Verfassten Studentenschaft deutlich.

Gleichzeitig müssen wir aber auch erkennen, dass durch die vielen allgemeinpolitischen Auseinandersetzungen die Effizienz, sich für tatsächliche Studentenbelange einzusetzen, aufzuzählen wäre hier z. B. die soziale Lage der Studenten, die schlimme Stress- und Prüfungssituation, die immer mehr sich verschlechternde Mittelzuweisung der Hochschulen, die immer stärkere Entqualifizierung des Studiums und so weiter, diese Effizienz, sich für studentische Belange einzusetzen, sinkt mit zunehmendem Anteil der allgemeinpolitischen Diskussionen. Wir müssen uns kritisch überprüfen, alles getan zu haben, was in dem Interesse der Studenten ist. Ich galaube, auch unser Wahlerfolg hat uns Recht gegehen, indem wir mehr Studentenpolitik betreiben müssen.

Wir können, ohne jetzt die Verhältnismässigkeit zwischen Allgemeinpolitik und aufgabenorientierte Studentenpolitik aufschlüsseln zu können, sagen, dass diese bisherige Art Politik uns sehr viel Schaden beigefügt hat und uns gesellschaftlich immer mehr ins Abseits gebracht hat. Wer sagt, dass ihn das nicht interessiere, der handelt lei chtfertig und sicherlich nicht im Interesse der Studenten.

Wir, die UDS wollen nicht ein Teil derer sein, die sich nachsagen lassen müssen, durch im vornhinein ansehbare Fehler die Verfasste Studentenschaft mit ein Stück begraben zu haben. Immerhin wollen wir die Verfasste Studentenschaft beibehalten, weil wir der Meinung sind, dass sich nur eine organisierte Einheit - Studentenschaft - gegenüber Manipulationen und dergleichen wehren kann. Wir brauchen also eine Organisation.

Wenn es im weiteren darum geht, um des Prinzips halber es auf einen Kampf ankommenzulassen, so wird mit dem studentischen Mandat leichtfertig umgegangen, zumindest aber die tatsächlichen Machtmöglichkeiten des Gesetzgebers unterschätzt. Daher kann unter Abwägung Aufagbe des allgemeinpolitischen Mandats einerseits und Beibehaltung der Verfaßten Studentenschaft andererseits nur für Letzteres entschieden werden.

personliche Edlerung Bend Hiller

STUPA-UND FACHSCHAFTSVERTRETERWAHLEN
VOM 19 - 22. JUNÍ 1978
IM AUDÍ-MAX-GEBÄUDE
U. ÍM BAU-JNG. GEBÄUDE
JEWEĪLS VON 9°°-16°°

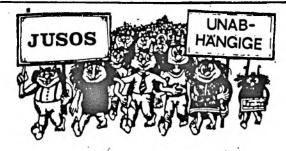


NA - ALLES KLAR? ALSO: WA'HLT JUSOS INS STUPA JUSOS IN DEN ASTA

WAHL-PROGRAMM JUSO UNABHANGIGE

SS 78
LISTE:





INHALT:

GRUNDSÄTZE UNSERER ASTA-ARBEIT	S. 2
Unsere Arbeit in den Fachschaften	S4
STUDENTISCHE POLITIK UNTER HRG-BEDINGUNGEN	S. 7
GEGEN DIE UMSETZUNG DES HRG AN DEN HOCHSCHULEN	S. 8
FÜR DIE RÜCKNAHME DES HRG	S. 9
ZUR SOZIALEN LAGE	
DIE STUDIENBEDINGUNGEN AN DER THD	S.12
STUDIENREFORM?	S.14
REGELSTUDIENZEIT, ENTQUALIFIZIERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT	S.16
VERTEIDIGUNG DEMOKRATISCHER RECHTE UND FREIHEITEN	S.17
WIE KÖNNEN WIR UNSERE FORDERUNGEN POLITISCH DURCHSETZEN?	S.19

Auflage: 4000

v.i.S.d.P.: Matthias Kollatz,

UNSERE KANDIDATEN

	1.)	MATTHIAS	Kollatz	FB	5	Juso	AStA-Hochschulreferent SS 78 und AStA-Sozialreferent WS 76/77 - SS 77 FS-Vertreter am FB 5 im WS 76/77 StuPa seit WS 76/77
	2.)	Klaus	Horst	FB	2		AStA-Hochschulreferent SS 77 - WS 77/78 AStA-Finanzreferent SS 78 FS-Vertreter am FB 2 SS 76 - WS 76/77 'StuPa seit WS 76/77
	3,)	ÜRSULA	Klär .	FB	2	Juso	AStA-Info-Referentin SS 78 StuPa seit WS 76/77
	4.)	FRANK	BOHLEN	FB	14	UNABHÄNGIG	
	5.)	HERBERT	Spille	FB	5	Juso	FS-Vertreter am FB 5 seit WS 76/77
	6.)	REINHOLD	PFEIFFER	FB	17	Juso	AStA-Finanzreferent WS 77/78 StuPa-Präsidium WS 75/76 - SS 76 StuPa seit WS 74/75
	7.)	GABRIELE	FERKINGHOFF	FB	2	Unabhängig	AStA-Info-Referentin SS 77 - WS 77/78 FS-Vertreterin am FB 2 SS 75 - SS 76 StuPa seit - S 76/77
	8.)	PETER	Senger	FB	5	Juso	AStA-Hochschulreferent WS 74/75 - SS 75 FS-Vertreter am FB 5 SS 75, WS 76/77 StuPa seit WS 74/75
	9.)	THOMAS	HEYER	FΒ	2	Juso	AStA-Hochschulreferent WS 75/76 - WS 76/7 FS-Vertreter am FB 2 SS 75 - SS 76 StuPa seit WS 75/76
	10.)	WOLFGANG	HEINZ	FB	3	Juso	1
	11.)	Asmus	FREYTAG	FB	5	Unabhängig	
	12.)	GISELA	HARTUNG	FB	2	Juso	
,	13.)	MICHAEL	ASHBROOK	FB	4	Juso	FS-Vertreter am FB 4 seit WS 76/77
	14.)	Stefan	MICHALLIK:	FB	1	Unabhängig	· 57
	15.)	ULRIKE	Laux .	FB	8	Unabhängig	
	16.)	MICHAEL	STEBEL	FB	10	Unabhängig	* 7
	17.)	WERNER	WEIDNER	FB	1	Juso	AStA-Finanzreferent WS 76/77 StuPa-Präsidium WS 75/76 - WS 76/77
	18.)	BERND	GOLLE	FB	10	Unabhängig	

GRUNDSÄTZE UNSERER ASTA ARBEIT

Seit 2 Jahren bilden 3 Vertreter der JUSO - Hochschulgruppe in einer Koalition mit den Basisgruppen den AStA, dessen Arbeit masgeblich von uns als Hochschul-, Informations- und Finanzreferenten bestimmt wurde. Hauptaufgabe des AStA als parlamentarisch gewählten Organ der verfaßten Studentenschaft bleibt die Koordination und Artikulation der eressen der Studenten. Dies kann nur durch eine enge Zusam-' menarbeit mit den Fachschaften geschehen, weil ein AStA nicht stellvertretend für die Studenten wirken kann, sondern einzig mit und durch sie. Wir verstehen AStA und Fachschaften nicht als Studentenregierung, die den Stu-



denten etwas vorsetzen, sondern als Organe, die Initiativen aufgreifen und unterstützen, die an den konkreten Studienproblem men anpacken und die Forderungen der Studenten in die Öffentlichkeit tragen. Auch in Zukunft muß deshalb der Widerstand gegen die Umsetzung des HHG gerade in den Fachbereichen verstärkt und von allen Betroffenen gemeinsam organisiert werden. Konkret muß der AStA mit allen anderen Hochschulangehörigen gemeinsam den Kampf gegen Verschlechterungen der Studien und Arbeitsbedingungen führen.

Wir müssen diese Initiativen als AStA tragende Hochschulgruppe durch eine breite Diskussion in der Studentenschaft verankern und ein abgehobenes Arbeiten auf Gremienebene verhindern.

Ziel muß es sein, die Fachschaften in ihrem Bemühen um eine stärkere Mobilisierung der Studenten für ihre Interessen zu unterstützen, indem z.B. ASTA-Referenten auf Fachschaftsvollversammlungen, in Orientierungseinheiten etc. an der Diskussion teilnehmen.

Ohne Unterstützung und Anregung durch die Studenten wird eine sinnvolle AStA-Arbeit unmöglich. Deshalb muß in Zukunft der AStA in stärkerem Maße zu einer Anlaufstelle für jeden Studenten werden. Die AStA - Referenten müssen neben den technischen Hilfeleistungen wie z.B. das Ausstellen internationaler Studentenausweise, Photokopierern etc. auch aktiv an der studentischen Diskussion über Studienverschlechterungen und - verschärfungen, aber auch über gesellschaftliche Rahmenbedingungen teilnehmen, diese durch Information vorantreiben und verstärken.

AStA - Arbeit muß über die Whrnehmung hochschulpolitischer Belange und wirtschaftlicher Selbsthilfe hinaus auch die politische Bildung unterstützen, indem wir kritisch nach gesellschaftlichen Ursachen für die Verschlechterung im Studium fragen und eine prinzipielle Kritik an gesellschaftlichen Strukturen formulieren. Wir müssen die Hochschulen als Teil dieser Gesellschaft erkennen und die Abhängigkeit der Studieninhalte und -situation von gesellschaft lichen Entwicklungen analysieren.

Nur durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit kann der Zusammenhang zwischen den Problemen der Studenten und der Krise der gesamten Gesellschaft dargestellt werden. Dazu bedarf es einer offenen, freien Meinungsäußerung und der Unabhängigkeit der studentischen Organe vom Staat. Einen Schwerpunkt der AStA - Arbeit legen wir deshalb auf die Verteidigung der studentischen Selbstverwaltung und der Unabhängigkeit ihrer Organe gegen die Eingriffe durch die Kultusbürokratie und den Abbau demokratischer Mitbestimmungsrechte der Studenten.

In diesem Kampf für die Unabhängigkeit der studentischen Interessensvertretung und für die Mitbestimmung der Studenten an den Hochschulen müssen wir auch unsere Kommilitonen in Baden-Württemberg unterstützen und gemeinsam mit ihnen die Abschaffung der Regelstudienzeit, des Ordnungsrechts etc. fordern. Die drastische Umsetzung des HR in Baden-Württemberg zeigt uns



Nicht mit uns

sehr deutlich, mit welcher Rücksichtslosigkeit die CDU "ihre Vorstellungen von Demokratie" durchsetzt. Der Kampf gegen diese Maßnahmen setzt eine koordinierte Zusammenarbeit aller ASten

landes- und bundesweit voraus.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im AStA wird die Auseinandersetzung um die soziale Situation der Studenten sein, die seit Jahren in einer tiefen Misere steckt. Durch Einzelberatungen, Betreuung von Bafög-Widerspruchsfällen, gegebenenfalls Unterstützung bei Prozessen gegen Mietschikane etc. müssen wir auch auf individueller Ebene gegen diese Misere angehen. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß die Studenten durch ein kostendeckendes Bafög in die Lage versetzt werden, ihr Studium materiell abgesichert und unabhängig durchführen zu können.

Zu den Aufgaben des ASTA gehören auch kulturelle Angelegenheiten sowie die Pörderung der Kommuni-kation der Studenten untereinander. Es gilt hierbei dem herkömmlichen Kulturbetrieb eine Alternative entgegenzustellen und den Problemen der Studenten entgegenzukommen. Ziel muß es sein, die studentische Isolation untereinander zu überwinden.



GRUNDSÄTZE UNSERER FACHSCHAFTSARBEIT

Am unmittelbarsten mit den Problemen der Studenten befaßt ist die Fachschaft. Daraus ergeben sich für die Fachschaftsarbeit wesentlich andere Bedingungen als für die AStA-Arbeit. Die Fachschaftsvertretung ist die demokratisch legitimierte Vertretung der Studenten eines Fachbereiches nach Es ist aber unmöglich, daß sie mit 3 Leuten für eine Fachschaft, die ja aus allen Studenten eines Fachbereiches besteht, stellvertretend aktiv ist. das heißt eine Fachschaftsvertretung will stets mehr Angelpunkt studentischer Aktivitäten als deren Ausgangspunkt sein. So halten wix as für wesentlich, daß die Aktivitäten einer Fachschaftsvertretung für die Studenten stets durchschaubar sind, und für notwendig, daß sich um sie eine offene Arbeitsgemeinschaft bildet, die mit ihr konkrete Probleme angeht. Die Fachschaft soll und kann sich viel stärker den spezifischen Problemen des Studiums am einzelnen: Eachbereich annehmen. Das zentrale Anliegen ist dabei an allen Fachbereichen alle Möglichkeiten für Mit- und Selbstbestimmung auszuschöpfen. (Z.B. Wahlen von Vorlesungs- und (Erst-) Semestersprecher organisieren.)

Konkret wehren wir uns:
-gegen Steigerung des Leistungsdrucks

-gegen alle Versuche der Einführung von Regelstudienzeiten an den Fachbereichen -seien sie offen oder versteckt -zum Beispiel durch geschicktes Anordnen von Prüfungen und Prüfungsfristen.

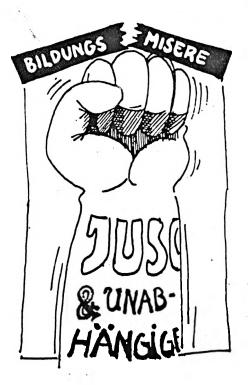
Beim Protest allein wollen wir nicht stehen bleiben. Kernpunkt unserer Bemühungen war und ist die Studienreform. Es kommt darrauf an Verbesserungen der inhaltlichen Ausgestaltung der Studienpläne zu erzielen in dem Sinne, daß darin lediglich fachlich-betriebsblinde Gesichts-

punkte sondern vor allem auch die Anforderungen des späteren Berufes an Fähigkeiten und Verantwortlichkeit die Lernziele des Studiums bestimmen. Angehen der konkreten Probleme wie Isolation in der Anonymität, Descrientierung, Zukunftsangst angesichts der Berufsperspektive und der politischen Situation wollen wir in den jetzt gerade aktuell werdenden Orientierungsbereichen thematisieren. Orientierungsveranstaltungen bieten zugleich die Möglichkeit neue Lerninhalte wie Kritikfähigkeit, Kommunikationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit auszuprobieren über diesen



. Umweg ins Studium einzuführen. Konkrete Entscheidungen, auch über die Ausgestaltung von Orientierungseinheiten, fallen dabei in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung (Fachbereichsrat, LuSt - Ausschuß etc.) Es kommt hier darauf an Fachschaftsarbeit mit der Arbeit der studentischen Vertreter in den Gremien zu koordinieren. Dazu gehört unserer Meinung nach . h, daß studentische Gremienvertreter regelmäßig auf W's von ihrer Arbeit berichten. Wir werden alle institutionalisierten Mitbestimmungsmöglichkeiten für unsere Ziele (s.o.) einsetzen. Eine kontinuierliche Information, vor allem über die Angelegenheiten am Fachbereich (Gremien), sowie auch der gesellschaftlichen und hochschulpolitischen Randbedingungen studentischer Politik allgemein, sehen wir als notwendige Voraussetzungen für eine Eigeninitiative aus der Basis. Die Fachschaft kann sich bei dieser Aufgabe die zahlenmäßige Beschränktt des Pachbereiches zunutze machen, indem sie Kommunikation nicht nur über anonyme Infos, sondern auch durch Wandzeitungen, Diskussionen in Lehrveranstaltungen und durch das persönliche Gespräch sucht.

So kann sie Anlaufstelle auch für, individuelle Probleme sein. Die Koordination der Arbeit der verschiedenen Fachschaften untereinander kann durch das Fachschaftsvertreterplenum gefördert werden. Wer hier konkrete Aussagen zu den Problemen gerade seines Fachbereiches vermißt, sei auf das entsprechende Programm der JUSO/ unabhängige Fachschaftsliste verwiesen. Wir kandidieren an den Fachbereichen 1, 2, 4, 5, 8 und 14



STUDENTISCHE POLITIK UNTER HRG-BEDINGUNGEN

Unter massiven Protesten von Seiten der Studenten und auch anderer Betroffener ist die Anpassung der Landesgesetze an das HRG erfolgt.

Trotz punktueller Änderungen (z.B. in den ersten 2 Jahren nach Verabschiedung des Gesetzes beträgt die Regelstudienzeit die bisherige Durchschnittsdauer und danach erst die angekündigten 6-8 Semester) des ursprünglichen Entwurfes hat sich an dessen Charakter nichts geändert.

Es bedeutet weiterhin:

- Verschärfung und Entqualifizierung des Studiums
- Einschränkung der Rechte der Studenten und anderer Hochschulangehöriger
- Verstärkte Unterordnung der Hochschule unter die Kultusbürokratie.

Ab Wintersemester 78/79 treten die wesentlichen Bestimmungen in Krafund bestimmen die Studienwirk-lichkeit an der TH Darmstadt.

Das HRG beinhaltet:

- Einführung von Regelstudienzeiten (6 - 8 Semester), bei Uberschreitung erfolgt Zwangsexmatrikulation
- anstelle von "Ausbildung zum wissenschaftlichen Denken" eine Schmalspurausbildung an der "beruflichen Praxis" entsprechend dem Industrieinteresse orientiert, das Studium wird entqualifiziert
- Studienreformkommissionen, in denen Industrievertreter und Staat die Mehrheit haben, also über die Köpfe der Universitätsangehörigen hinweg die Studieninhalte bestimmen können
- Pestschreibung des NC
- Einführung eines Ordnungsrechts, das die Studenten etwaigen Willkürmaßnahmen von
 Kultusminister und Hochschulleitung ohne gerichtliche Untersuchung ausliefert und zu
 einem zweijährigen Studienverbot führen kann

- weiterer Abbau der studentischen Mitbestimmung an der Universität, in allen wichtigen Fällen entscheidet nicht die Mehrheit aller Mitglieder eines Gremiums, sondern die Mehrheit der Professoren
- Reglementierung der Organe der Studentensshaft durch Finanzsperre und Vermögensbeirat



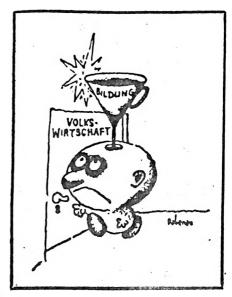
Das HRG ist zwar jetzt Gesetz, aber noch nicht an den Hochschulen umgesetzt.

Realistischerweise ist davon auszugehen, daß wir nicht alle Maßnah men des HRG verhindern können. Wir können aber - und das hat auch die Auseinandersetzung der letzten Jahre gezeigt - eine reibungslose und vollständige Anpassung bekämpfen und in einzelnen Punkten Erfolge erzielen.

Gerade in dem Kernstück des HRG, der Entqualifizierung des Studiums durch einheitliche, bundesweite Kurzstudiengänge ist es möglich, gemeinsam mit anderen Hochschulangehörigen weitere Verschärfungen zu verhindern, wenn sich Fachbereiche und die gesamte TH weigern, bestimmte Maßnahmen, wie z.B. Regelstudienzeit von 6-8 Semestern zu akzeptieren.

Das bedeutet konkret:

- Aktionen an den Fachbereichen gegen die Verwirklichung des HRG in verschärften Prüfungs- und Studienbedingungen. Neben massenhaftem Auftreten für unsere Forderungen kann hier auch der geschlossene Boykott von Prüfungs-verschärfungen Erfolge bringen.
- Daneben gilt es, die Professoren, die das HRG abgelehnt haben, in der Studienwirklichkeit und bei der Verabschiedung von Prüfungsordnungen beim Wort zu neh-



men. Gegen den Widerstand ganzer Fachbereiche können Studiengänge à la HRG kaum durchgesetzt werden,

- Der Durchsetzung des Ordnungsrechts und der Kontrolle über die verfaßte Studentenschaft muß eine Absage erteilt werden, sobald die ersten Versuche unternommen werden, Exempel zu statuieren.

Den Prüfungsverschärfungen und der inhaltlichen Formierung des Studiums kann am wirkungsvollsten im Fachbereich begegnet werden. Wir werden solche Probleme in Fachschaften und ASTA aufgreifen und studentische Initiativen dazu unterstützen.

Darüberhinaus kommt in der nächsten Zeit der Entwicklung und Diskussion inhaltlicher Alternativvorstellungen besondere Bedeutung zu, um präzise Forderungen zu entwickeln und diese durchzusetzen zu versuchen. Damit können wir längerfristig der Konzeption des HRG zur Rationalisierung der Hochschulen entgegentreten.

Das bedeutet konkret:

- wir werden in den Fachschaften und auf zentrale Ebene Arbeitsgruppen unterstützen, die solche inhaltlichen Projekte aufgreifen (z.B. Orientierungseinheiten)
- wir werden in AStA und Fach-

schaften das Material der bundesweiten Studienreformkommissionen veröffentlichen, um damit die Geheimhaltungsstrategie der Kultusbürokratie zu durchkreuzen.Da diese Kommissionen lediglich der administrativen Durchsetzung des HRG dienen, lehnen wir ihre Arbeit grundsätzlich ab.

- wir werden versuchen, mit anderen Organisationen die Diskussion um die inhaltliche Zielset des Studiums weiterzuführen. Dazu war der Studienreformkongreß der Gewerkschaften GEW und ÖTV in Marburg ein erster Ansatz.

FÜR DIE RÜCKNAHME DES HRG!

Unser Ziel ist nach wie vor die Rücknahme des HRG, da eine positive Fortsetzung sozialer Reformen im Bildungsbereich unter HRG-Bedingungen unmöglich ist.

Unser Ziel ist es, für jeden Jugendlichen eine qualifizierte
Ausbildung entsprechend seinen
Fähigkeiten zu ermöglichen.

Dazu ist es notwendig, über die Hochschulen hinaus die Konsequenz des HRG zu verdeutlichen. Obwohl hier im letzten Jahr einige Fortschritte zu verzeichnen waren, muß der politische Druck auf SPD und DGB noch erheblich verstärkt werden. Es ist unsere Aufgabe, in dieser langfristigen Problematik initiativ zu werden.



ZUR SOZIALEN LAGE

Durch zuwenig Bafög, miese Wohnsituation und Abbau staatlicher Sozialleistungen ist in den letzten Jahren die materielle Lage an den Hochschulen gekennzeichnet.

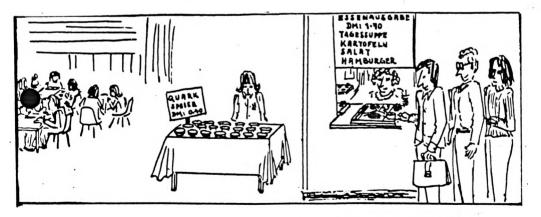
Durch diese Verschlechterungen wid ein sozialer Numerus Clausus geschaffen, der den Erwerb von Bildung und Qualifikation von dem Geldbeutel der Eltern abhängig macht und nicht ausschließlich von den eigenen Fähigkeiten.

Die Folge: immer weniger studierwillige Arbeiterkinder nehmen ein Studium auf, viele sind gezwungen, es abzubrechen oder durch Unterbrechungen erheblich zu verlängern und werden dann durch die Regelstudienzeit gezwungen, die Hochschule zu verlassen.

Wir fordern:

- materielle Absicherung des Studiums durch kostendeckende Ausbildungsförderung (nach den Berechnungen der DSW ca. DM 700)
- Anhebung der Elternfreibeträge auf ca DM 1500
- jährliche automatische Anpassung der Förderungssätze entsprechend der gestiegenen Unterhaltskosten
- Streichung des Darlehnsanteils
- Einbeziehung der ausländischen Kommilitonen ins Bafög

Um überhaupt etwas zu erreichen, ist das einheitliche Vorgehen aller Studenten notwendig. Die Nennung einzelner Beträge darf also
nicht zur Profilierung einzelner
Gruppen mißbraucht werden (àla
KBW: 100 DM mehr rückwirkend ab
1.10.75) und der studentischen
Bewegung zur materiellen Absiche-





rung des Studiums entgegenwirken und diese spalten. Deshalb unterstützen wir die Forderungen von DSW (Deutsches Studentenwerk) und GEW.

Symptomatisch für die gesamte
Bafög-Misere ist die kaum vorstellbare Überbürokratisierung des Vergabeverfahrens, durch das Beschei
de bis zu 12 Monate hinausgezögert werden und das ganze Verfahren undurchsichtig wird. Zudem werden häufig die Zahlungen
so lange verzögert, daß ein Student etwa ein halbes Jahr von
Luft und Liebe sattwerden muß.

Darüberhinaus bestehen konkrete Pläne der Landesregierung, fast alle sozialen Dienstleistungen der Hochschulen und der Studentenwerke (von der Reinigung bis zum Mensabetrieb) abzubauen, zu privatisieren oder durch £inanzielle Belastung der Studenten zu finanzieren.

piesem Abbau sozialer Errungenschaften werden wir in allen
Punkten entgegentreten. Grundlage einer Arbeit im Studentenwerksvorstand ist für uns, keinem sozialen Abbau zuzustimmen.
Für uns ist das Studentenwerk
nach wie vor eine soziale Einrichtung, die bei der Erfüllung
aller ihrer Aufgaben nicht nach
dem von dem Kultusminister durch

Pachaufsicht verordnetem Kostendeckungsprinzip arbeiten kann.

In der Öffentlichkeit wird oft gegen solche Forderungen Stimmung gemacht mit der Begründung, daß die Knappheit der öffentlichen Haushalte solche Maßnahmen nicht zulasse. Die JUSO -Hochschulgruppe sieht aber him ter diesen Finanzargumenten handfeste politische Absichten: ie unattraktiver die staatliche Förderung ist, desto weniger Abiturienten werden sich für das Studium entscheiden. In dieser unsozialen Bildungsplanung ist insbesondere der Darlehnsanteil zu erwähnen, der mehr Verwaltungskosten verursacht, als er einbringt.

Das haben wir bisher getan:

- wesentlich durch unsere Initiativen im Studentenwerk und direkt im Landtag konnte die Erhöhung des Mensazuschusses pro
Essen um o.20 DM erreicht werden

- durch unsere Initiativen in Studentenparlament und Studentenwerksvorstand konnte der schleichenden Wohnheimmieterhöhung durch Abbau von Serviceleistungen des Studentenwerks begegnet werden.

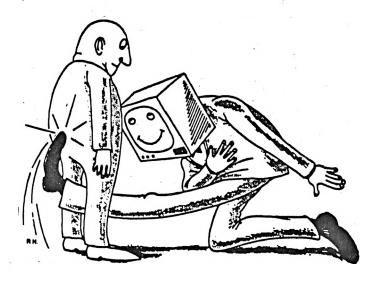


Die Situation der Studenten an der TH wird heute von einer tiefen Unsicherheit geprägt:

- die materiellen Studienbedingungen verschlechtern sich zusehends:
 - ..in Chemie sollen die Studenten Chemikalien und Reagenzgläser u.ä. selbst bezahlen
 - ..in Politik werden ausgearbeitete Referate nicht mehr an die Studenten verteilt und nur noch mindlich referiert
 - ..in allen anderen Fachbereichen ist eine zumehmende Beschneidung der materiellen und personellen Ausstattung zu beobachten
- die Studienordnungen sollen in den Fachbereichen der Regelstudienzeit angepasst werden. Erhöhung der Leistungsanforderungen und verschärfte Selektion aind die Folgen.

Dies sind nur Beispiele einer Studiensituation, in der uns entweder gesagt wird, es sei kein Geld da um sie zu verbessern oder aber zynisch festgestellt wird: "Es gibt einfach zu viele Studenten." Heute weiß kein Student mehr, ob er nach Abschluß seines Studiums überhaupt eine Arbeitstelle bekommt. Die gesamte berufliche Zukunft der Studenten ist durch Perspektivlosigkeit und Unsicherheit gekennzeichnet. Aber nicht nur wir Studenten sind durch

- "fehlende Finanzmittel" und Wirtschaftskrise "überflüssig" geworden. Diese Krise betrifft die gesamte Hochschule:
- der Reinigungsdienst an der TH soll privatisiert werden. Die Folge ist drohende Arbeitslosigkeit der Reinemachefrauen, oder grössere Arbeitshetze, Verlust von sozialen Leistungen und Lohnabbau
- 100 an der TH ausgebildete Lehr-



linge sollen nicht übernommen werden. Sie haben kaum Möglichkeit in Darmstadt und Umgebung eine Arbeitsstelle zu finden und werden damit zum größten Teil arbeitslos.

Dagegen haben sich die Betroffenen zur Wehr gesetzt.Die JUSO-Hochschulgruppe hat ihre Forderungen unterstützt und die sofortige Aufhebung der Planstellensperre gefordert.

Eins ist uns klar geworden:

die gesamte Hochschule, <u>alle</u>
 Hochschulangehörigen sind von den
 Sparmaßnahmen betroffen.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Zeil muß es daher sein, dieser Politik gemeinsam mit den anderen Hochschulangehörigen und ihren Gewerkschaften geschlossen entgegenzutreten.

Um weitere Schritte in diese Richtung zu organisieren, haben wir vor, einen Arbeitskreis mit Vertretern aller betroffenen Gruppen einzurichten. Dieser Arbeitskreis diskutiert und beschließt Stellungnahmen, Aktionen, Veranstaltungen etc., deren Ziel es ist:

- eine einheitliche Front gegen Einsparungen und IHG herzustellen
- die Gewerkschaften und Parteigliederungen der SPD außerhalb der Hochschule miteinzubeziehen
- und auf eine Änderung der Politik der Regierungen in Wiesbaden und Bonn hinzuwirken.

Hier wäre nun der Platz zum allgemeinen Gruppen-Hick-Hack,wie
er von vielen Gruppen anstelle
einer programatischen Aussage so
gern gepflegt wird.

Der zentrale Inhalt des HRG ist die Studienreform, mit der die Hochschulen an die Bedürfnisse der kapitalistischen Produktionsbedingungen angepaßt werden sollen.

Die gesetzlichen Regelungen zur Durchführung der Studienreform geben dem Kultusminister ein weitreichendes Instrumentarium in die Hand, den einzelnen Hochschulen Musterstudiengänge überzustülpen, ohne im geringsten auf die Interessen der Bteroffenen Rücksicht zu nehmen: In den Studiene reformkommissionen die solche Musterstudiengänge vorbereiten sollen und zum Teil schon arbeiten, haben die Vertreter von Staatsbürokratie und Industrie denn auch die gesicherte Mehrheit. Der Kultusminister hat das Recht. die dort erarbeiteten Studienordnungen per Etlas den einzelnen Hochschulen aufzuzwingen . Ziel dieses staatsverordneten Studiums ist die Anpaasung der Hochschulabsolventen an die sich ver-Anderden Anforderungen des Kapitals: Sfudenten sollen billiger studieren (Regelstudienzeit.). besser verwertbar sein (Spezialistentum) und möglichst unkritisch d.h. leicht handhabbar (als Fachidiot). Konsequenz ist die Uniformität der Studiengänge, die Einengang des Lehrangebots auf den Prüfungsstoff und die Aufgabe jedes interdisziplinären Ansatzes; d.h. das Studenten



zwar über ihr Spezialfach Bescheid wissen, aber nichts über die Nachbardisziplinen, nichts über die Verwendung ihrer Arbeit, nichts über ihre Rolle in dem Wirtschafts und Gesellschaftssystem, in dem sie eingesetzt werden.

Die für uns unverzichtbare Porderung nach einem qualifizierten Studium ist keine Phrase: Wir meinen, daß ein Student die Möglichkeit haben muß, in sei-

nem Studium die Wechsel-wirkung von Wissenschaft und Gesellschaft zu erkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen für die inhaltliche Organisation des Studiums. Aber ein bürokratisch durchgeplantes tes Studium wird sich diesem Ane spruch verschließen, denndies wäre zu teuer und - zu unbequem. Nur noch, was unmittelbar notwendig ist zum Funktionieren im kapitalistischen Krisenmanagement, soll an dem Hochschilen vermittelt werden.



WIE KÖNNEN WIR EINE DERARTIGE STUDIENDEFORMIERUNG VERHINDERN ?

Ungeachtet der Notwendigkeit gegen Studienverschlechterungen mit organisierten Massenaktionen (Demos etc.) vorzugehen, ist wichtigster Ansatzpunkt im Kampf gegen eine "Studienreform" von oben an den einzelnen Fachbereichen ihre Durchsetzung zu verhindern. Dies kann z.B. durch gezielte Fachschaftsarbeit, insbesondere Erstsemesterarbeit geschehen. Die Erfahrungen haben nämlich gezeigt, daß das bestimmende Studierverhalten in den ersten Semestern geprägt wird. Erstsemestergruppen, die die Möglichkeit haben, eigenständige Erfahrungen zu machen und selbständige Kooperationsformen zu entwickeln, sind die besten Träger einer kontinuierlichen Studienreformarbeit, die sich gezielt gegen die Deformierungsversuche einer "Studienreform" von oben richtet.

Diese Studienreformarbeit muß sich insbesondere mit der Frage beschäftigen, mit welchem Ziel wir unser Studium betreiben und mit welchem Ziel wir später im Beruf arbeiten wollen:

- ob im Unternehmerinteresse für möglichst viel Profit
- oder für die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung ?
 Diese gemeinsam erarbeitenden Vorstellungen gilt es dann auch offensiv in der Diskussion um die Studienreform zu vertreten.

Nicht zuletzt müssen wir die konkrete politische Arbeit in den Lehrveranstaltungen (Seminare und Vorlesungen) in Zukunft verstärkt betreiben, weil durch permanente Wissenschaftskritik verhindert werden kann, daß zu willigen opportunistischen Fachidioten ausgebildet werden.

Welche Folgen hat die mit der Regelstudienzeit einhergehende Studien "reform" für die Absolventen
dieser Studiengänge?
Die Durchsetzung der Regelstudienzeit an den Hochschulen führt zu
Studiengängen, deren Inhalte und
Formen sich an den Interessen der
Unternehmer ausrichten werden, d.h.
bzgl. der Inhalte:

- kurzfristig verwertbares Fachwissen, das bedeutet für die fertig Ausgebildeten: nur kurzfristig auf dem Arbeitsmarkt verkaufbares Wissen,
- Spezialisierung des Studiums, und das bedeutet Einengung des Arbeitsmarktes.

Jeder wird zunächst fragen, was haben denn die Unternehmer von nur. kurzfristig verwertbarem Wissen ? Nun, das hat für sie den Vorteil, in immer kürzeren Abständen auf das jeweils neueste Wissen, das neueste know-how zurückgreifen zu können. Fachleute mit veraltetem Wissen werden dann auf die Straße gesetzt, wie das heute bereits in den USA gang und gäbe ist. Auch für die BRD sagen Prognosen für das Jahr 1990 580 000 bis 1,3 Mill, arbeitslose Akademiker voraus. Und die CDU weiß, "daß diese Gesellschaftsordnung nicht mehr als 8% Akademiker braucht". Zur Zeit studieren aber mehr als 20% eines Jahrgangs i Bezüglich der Formen der Umsetzung bedeuten Regelstudienzeiten:

- mehr Stoff pro Semester
- noch verschultere Studiengänge
- Prüfungshäufung

Auch hier erkennt man, daß Verhaltensweisen gefördert werden sollen, die eine bessere Verwertbarkeit der Akademiker in der Wirtschaft und auch an den Hochschulen ermöglichen.

Wie sehr sich das Programm der Unternehmer durchgesetzt hat sieht man auch an ihrer überproportionalen Beteiligung an den Studienreformkommissionen, die dazu bestimmt sind, all das Angesprochene an den Hochschulen durchzusetzen.

Schlagwortartig formuliert, lauten die Ziele der Unternehmer: Selektion der Studenten (wissenschaftlich qualifiziertes Aufbaustudium nur noch für 5% der Studenten), Senkung der Studentenzahlen.

Diesen Prozeß muß man einordnen in die Gesamtentwicklung unserer Gesellschaft: der Zwang für die Unternehmer, Profite zu machen, zwingt sie natürlich dazu, rigorose Rationalisierungsmaßnahmen zu ergreifen, die jüngst Betroffenen waren die Arbeiter und Angestellten der Druckindustrie.

Wir Studenten dürfen uns nicht der Illusion hingeben, für Akademiker stehe noch immer ein gut bezahltes Pöstchen irgendwo in Aussicht. Es wird nicht genügend Arbeitse plätze geben, obwohl es genügend Arbeit gibt und das Überangebot an Akademikern wird den Unternehmern Gehaltskürzungen leichtmachen.

Nur der entschlossene Kampf gegen die ständigen Versuche unser Studium zu entqualifizieren, kann uns überhaupt Erfolge bringen.

An der Hochschule heißt das, alles zu versuchen, die Verschlechterung der Ausbildung zu verhindern. Dazu müssen wir erreichen, daß auch die anderen Mitglieder der Hochschule unsere Forderungen unterstützen.

Auch außerhalb der Hochschule gilt es Bündnispartner zu finden, denn die Arbeiter und Angestellten sind



ebenso wie wir von den Auswirkungen der Krise betroffen. Mit ihnen zusammen gilt es, den Kampf um zukünftige Arbeitsplätze zu führen.

VERTEIDIGUNG DEMOKRATISCHER RECHTE UND FREIHEITEN IN OST UND WEST.

In jeder Seminardiskussion und Vollversammlung benutzen wir selbstverständliche demokrati-sche Rechte und Freiheiten. Sie sind die Grundlage, um über die Studiensituation zu beschliessen. Gerade deshalb aber sind sie konservativen und reaktionären politischen Kräften ein Dorn im Auge. So versuchen sie

die Rechte unserer Interessenvertretungsorgane ASTA und Fachschaften einzuschränken. In Baden-Württemberg hat die CDU di Abschaffung von ASTA und Fachschaften durchgesetzt. Dort be ginnen die Studenten jetzt, si unabhängige Organe zu schaffen und sich unabhängig zu organisieren. Für uns in Hessen bedeutet das:

- Wir fordern :

Verteidigung von AStA und Fach- halb haben wir Stellung genomschaften! men auch zu dem Lehr- und Be-

Unabhängigkeit von AStA und Fachschaften vom Staat!

Die Angriffe auf AStA und Fachschaften, die Einrichtung eines Ordnungsrechtes ... das ist dieselbe Politik der Einschüchterung und Disziplinierung, wie sie mit den Berufsverboten erreicht werden sollte. Für uns kann es nur heißen:

- Einstellung aller Überprüfungsverfahren:
- Aufhebung aller Berufsverbotei



Wenn wir unser Recht auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Organisationsfreiheit verteidigen, so können wir dies nur glaubhaft tun,
wenn wir auch Stellung nehmen
zu Unterdrückung demokratischer
Rechte und Preiheiten durch die
SED-Bürokratie in der DDR. Der
Kampf um demokratische Rechte
und Preiheiten und um vom Staat

unabhängige Interessenvertretungsorgane ist unteilbar! Deshalb haben wir Stellung genommen auch zu dem Lehr- und Berufsverbot des Wissenschaftlers
Prof. R. Havemann, der seit über
einem Jahr unter Hausarrest
steht und die Verhaftung von
R. Bahro, der in einem Buch, das
im Verlag des DGB erschienen ist,
die SED-Bürokratie kritisierte.
Wir fordern:

- Freiheit für R. Havemann und R. Bahro

Der Kampf gegen Berufsverbote in Ost und West kann Erfolge haben:

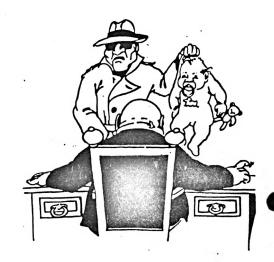
- in DGB und SPD wächst der Widerstand gegen die Berufsverbote.
 Heute muß die Einstellung der Überprüfungspraxis von der SPD-Bundestagsfraktion gefordert werden.
- Verhaftete sozialistische Oppositionelle wie J.Puchs, Pannach, Kunert, R.Mainz und R. Moldt mußten von der SED-Bürokratie freigelassen werden.

Die JUSO-HOCHSCHULGRUPPE wird diesen Kampf weiterführen.
Dies ist für uns Jungsozialisten ein wesentlicher Beitrag, um die doppelte Sackgasse von CDU und SED, nämlich die Demagogie "Freiheit statt. Sozialismus" und "realer Sozialismus", zu zerschlagen.

Unter dem Titel "Freiheit und Sozialismus" werden wir dazu eine Veranstaltung organisieren. In den letzten Jahren haben wir die Erfahrung gemacht, daß wir allein mit Streiks das HRG nicht zurückgeschlagen konnten. Die Diskussionen während der Streiks zeigten uns nicht den Weg, wie unsere Forderungen politisch durchgesetzt werden können. Permanent erleben wir die Versuche der CDU und der Unternehmerverbände, die Hochschulen zu isolieren und zu diffamieren. Uns ist klar, das die Rücknahme des HRG und die Verbesserung unserer materiellen Studienbe- / dingungen nur gegen den Widerstand der CDU und auch der FDP durchgesetzt werden können. Unser Widerstand gegen das HRG hat in DGB und im vielen Gremien der SPD Wirkungen gezeigt:

- der DCB Hessen hat sich gegen das HRG und das HHG ausgesprochen
- große Teile der SPD-Mitglieder sowie auch verschiedene Landtagsabgeordnete der SPD lehnen diese Gesetze ab
- in der SPD-Bundestagsfraktion wird ausgehend von der Kritik der Studenten am HRG über Maßnahmen zur Rücknahme des Gesetzes auf Bundesebene diskutiert.

Zahlreiche SPD-Beschlüsse von Parteigliederungen stehen im Gegensatz zur Politik in der jeweiligen Landesregierung.



"Seine Zulassung für den Kindergarten ist hin, Chef! Ich habe ihn bei der Ausübung seiner freiheitlich-demokratischen Grundrechte ertappt!"

Wir fordern von der SPO, die als politische Vertretung der arbeitenden Bevölkerung verstanden wird, jetzt die Initiative zur Rücknahme des HRG zu ergreifen.

An den Hochschulen und Fachbereichen werden wir weiterhin uns gegen
die Verschlechterung der Studienbedingungen wehren. Dabei hilft uns
weder "demokratische" Mauschelei
noch blinder Aktionismus. Alle unsere Aktionen müssen zum Ziel haben,
unsere Forderungen durchzusetzen.
Dazu müssen wir uns an die politischen Kräfte wenden, die sich darauf berufen, die Interessen der
arbeitenden Bevölkerung zu vertreten: DGB und SPD.

Diese Kräfte können von der Bevölkerung nur ernstgenommen werden, wenn sie für die bestehenden Forderungen aktiv werden. Das bedeutet konkret:

- wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit der studentischen
Diskussion verbessern, um den
häufigen Diffamierungen in den
Medien etngegenzuwirken

- die Kooperation mit dem DGB
muß über bereits bestehende
Punkte hinaus ausgebaut werden.
Dazu bietet beispielsweise ein
gemeinsames Vorgehen mit der
ÖTV gegen Privatisierung und
Abbau sozialer Leistungen gute Ansätze.

Das Instrumentarium des HRG zielt darauf ab, das Studium allein auf die unmittelbare Verwertbarkeit im jetzigen Beschäftigungssystem auszurichten: auf das Interesse derer,



"Der Gewinn ist Ausdruck, daß die gesellschaftlichen Bedürfnisse befriedigt wurden!"

die Arbeitskraft zur Erzielung privater Profite beschäftigen. Die Folgen sind Fachidioten, die optimal verwertet werden können, aber weder die Fähigkeit besitzen, die Konsquenzen ihrer Handlungen einzubeziehen noch mit der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik Schritt zu halten und deshalb bald von Entlassung und Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Gerade in dieser Frage ist das Interesse der Unternehmer am HRG deutlich geworden: im manager magazin äußerten die Personalchefs der Großunternehmen, daß sie auf solche Studenten besonderen Wert legen, die möglichst viele einzelne Prüfungen im Studium absolviert haben. Auf deutsch: es kommt weniger darauf

ben, aber auf jeden Fall soll der Schwerpunkt auf Faktenwissen statt auf Fähigkeiten liegen.

Hier geht es darum, die Hintermänner des HRG und ihre Ziele bloßzustellen.

Das haben wir bisher getan:

- Vorbereitung und Durchführung
der Aktionen gegen die HRG-Anpassung in den letzten beiden
Semestern

- Initiierung und Erarbeitung einer Stellungnahme, in der der Konvent die Kernpunkte des HRG und die Anpassung der Landesgesetze ablehnt. Diese Stellungnahme, der im Konvent lediglich
der RCDS als ach so konsquenter Vertreter studentischer Interessen nicht zustimmte, trug
wesentlich dazu bei, daß unsere
Porderungen in der Öffentlichkeit ernster genommen werden.

 Vorbereitung und Planung der Protestaktionen zur Verabschiedung des HHG, der gemeinsamen Demonstration in Wiesbaden.

Schon aus dieser unvollständigen Aufzählung wird klar: die Fort - setzung des Kampfes gegen das HRG ist nur unter der Beteiligung vieler Studenten möglich, wählen allein genügt da nicht!





